

BRANDSCHUTZKONZEPT LP 3

25-347-BSK-00

12. Dezember 2025

BAUVORHABEN / PROJEKT

25-0013

Umbau und Erweiterung Mensa

Albert-Schweitzer-Schule und Stauffenbergsschule

Schwanenweg 3, 69123 Heidelberg-Pfaffengrund

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Thomas Hildebrand

T + 49 211 436 183-0

t.hildebrand@bpk-ing.de

BAUHERR

Stadt Heidelberg

Hochbauamt

Römerstraße 5

69115 Heidelberg

ENTWURFSVERFASSER

Siehe Bauherr

BPK
Ingenieure und
Sachverständige für
Brandschutz GmbH & Co. KG
Amtsgericht Düsseldorf
HRA 22216

Düsseldorf Hauptsitz
Wahlerstraße 32
40472 Düsseldorf
T + 49 211 436 183 0
F + 49 211 436 183 83
office@bpk-ing.de

Weitere Standorte
Frankfurt am Main
Frankfurt am Main Flughafen
Berlin

Persönlich haftende
Gesellschaft
BPK Ingenieure
und Sachverständige für Brand-
schutz Verwaltung GmbH
Amtsgericht Düsseldorf
HRB 102159

Geschäftsführung
Cemalettin Demirel
Rebecca Demirel
Daimi Çakan
Andreas Winkens

Beirat
Univ.-Prof. em. Dr.-Ing.
Wolfram Klingsch

Bankverbindung
Stadtsparkasse Düsseldorf
DE85 3005 0110 1006 5127 82
DUSSDEDDXXX

Steuer
USt.-IdNr. DE 286053681
StNr. 105/5902/3616

INHALT DES DOKUMENTS

Brandschutzkonzept für die Leistungsphase 3

Für den Umbau und die Erweiterung der Mensa der Albert-Schweitzer-Schule und Stauffenbergsschule, Heidelberg

Das Konzept umfasst 23 Seiten sowie Anlagen.

Alle Rechte vorbehalten

© 2025 für BPK Ingenieure und Sachverständige für Brandschutz GmbH & Co. KG

Wahlerstraße 32 | 40472 Düsseldorf | Deutschland

Dieses Dokument einschließlich aller seiner ergänzenden Berichte ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung - auch in Auszügen - außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Herausgebers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Erstellt in Deutschland, Dezember 2025

INHALTSVERZEICHNIS

1	VORBEMERKUNGEN / EINLEITUNG	4
1.1	Aufgabenstellung.....	4
1.2	Objektbeschreibung	4
1.3	Baurechtliche Einordnung	7
1.4	Abkürzungen und Begriffe.....	7
2	BEURTEILUNGSGRUNDLAGEN	8
2.1	Gesetzliche Grundlagen, Technische Regeln.....	8
2.2	Planunterlagen	8
2.3	Sonstige Unterlagen.....	9
2.4	Brandschutzvisualisierung.....	9
3	BRANDSCHUTZKONZEPT	10
3.1	Zu- und Durchfahrten sowie Aufstellflächen für die Feuerwehr	10
3.2	Nachweis der erforderlichen Löschwassermenge sowie der Löschwasserversorgung	10
3.3	Bemessung, Lage und Anordnung der Löschwasser-Rückhalteinrichtungen	10
3.4	Innere und äußere Abschottungen	10
3.4.1	Äußere Abschottungen.....	10
3.4.2	Innere Abschottungen	11
3.4.3	Baustoffe, Ausbaumaterialien, Bekleidungen	14
3.4.4	Türen, Tore und Verglasungen mit brandschutztechnischer Funktion	14
3.5	Lage, Anordnung, Führung und Bemessung der Rettungswege.....	14
3.5.1	Allgemeines	14
3.5.2	Rettungswegbreiten	15
3.5.3	Rettungsweglängen	15
3.5.4	Evakuierung von mobilitätseingeschränkten Personen.....	15
3.5.5	Fluchtwegkennzeichnung	15
3.5.6	Notwendige Flure	16
3.5.7	Notwendige Treppen und Treppenräume	16
3.5.8	Sammelstellen	16
3.5.9	Höchstzulässige Zahl der Nutzer.....	16
3.6	Lage und Anordnung der haustechnischen Anlagen	17
3.6.1	Elektrische Leitungsanlagen	17
3.6.2	PV-Anlagen.....	17
3.6.3	Rohrleitungen	17
3.6.4	Sicherheitsbeleuchtung.....	18
3.6.5	Gebäudefunkanlage.....	18
3.6.6	Blitzschutz.....	18
3.6.7	Aufzugsanlagen.....	18

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

3.6.8	Heizung	18
3.6.9	Lage und Anordnung der Lüftungsanlagen.....	18
3.6.10	Lage und Anordnung der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen	19
3.7	Lage und Anordnung von Brandmeldeanlagen.....	19
3.8	Alarmierungseinrichtungen.....	19
3.9	Amokschutz.....	19
3.10	Einrichtungen für die Feuerwehr	19
3.10.1	Einrichtungen zur Selbsthilfe	19
3.10.2	Automatische Löschanlagen/ Sonderlöschanlagen.....	20
3.10.3	Sicherheitsstromversorgung und Funktionserhalt	20
3.10.4	Hydrantenpläne	20
3.10.5	Feuerwehrpläne	20
3.11	Betriebliche Maßnahmen zur Brandverhütung	20
3.11.1	Flucht- und Rettungspläne.....	20
3.11.2	Brandschutzordnung	20
3.11.3	Brandschutzbeauftragter.....	20
3.11.4	Wartung, technische Abnahmen, wiederkehrende Prüfungen.....	20
3.11.5	Brandschutz während der Bauzeit.....	21
3.11.6	Nachweise, Verwendbarkeit von Bauprodukten und Bauarten	21
3.12	Abweichungen und Erleichterungen.....	21
3.13	Anwendung von Verfahren und Methoden des Brandschutzingenieurwesens	22
4	ZUSAMMENFASSUNG	23

Anlagen:

- Löschwassernachweis (Stadtwerke Heidelberg, E-Mail vom 14.08.2025)
- BPK-Handvisualisierung (12.12.2025)

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

1 VORBEMERKUNGEN / EINLEITUNG

1.1 Aufgabenstellung

Die BPK Ingenieure und Sachverständige für Brandschutz GmbH & Co. KG (BPK Brandschutz) wurde durch die Stadt Heidelberg, Abteilung Hochbauamt beauftragt, ein Brandschutzkonzept für den Umbau und die Erweiterung der Mensa an der Albert-Schweitzer-Schule (ASS) und der Stauffenbergsschule (SBS) am Schwanenweg 3 in Heidelberg-Pfaffengrund zu erstellen.

Das hier vorliegende Brandschutzkonzept beschreibt die vorgesehenen brandschutztechnischen Planungen zum o. g. Bauvorhaben. Die brandschutztechnische Fachplanung ist mit den Projektbeteiligten, insbesondere dem Bauherrn und den Fachplanern, abgestimmt.

Die Vorgaben dieses Brandschutzkonzeptes sind in den jeweiligen Fachplanungen berücksichtigt. Auf der Grundlage der vorliegenden Planung kann bestätigt werden, dass sie unter brandschutztechnischen Gesichtspunkten als realisierbar angesehen wird.

Auflagen des Versicherers und über die brandschutztechnische Planung hinausreichende Auflagen des Arbeitsschutzes, Umweltschutzes o. ä. sind nicht Gegenstand dieses Brandschutzkonzeptes. Daher ist eine umfängliche Betrachtung im Hinblick auf das in Deutschland gültige Arbeitsschutzrecht (ArbStättV, ArbSchG, etc.) nicht Bestandteil des Brandschutzkonzeptes. Sofern für die Konzeptersteller im aktuellen Planungsstadium ersichtlich ist, dass arbeitsschutzrechtliche Brandschutzbelange berührt werden, erfolgt an der entsprechenden Stelle/ Kapitel im Brandschutzkonzept ein Hinweis.

Die Arbeitgeberverpflichtungen zur Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen bleiben davon unberührt, dabei kann es zu Abweichungen von den im Brandschutzkonzept geforderten Belangen kommen.

1.2 Objektbeschreibung

Das ehemalige Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Heidelberg-Pfaffengrund und die bisherige Lehrküche der Albert-Schweitzer-Schule werden zu einer Mensa mit Aufwärmküche für die Albert-Schweitzer-Schule (Grundschule) sowie die Stauffenbergsschule (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum) umgenutzt.

Die geplante Mensa entsteht durch eine Umnutzung und Erweiterung des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses sowie einer Verbindung mit dem bisher als Lehrküche genutzten Haus 3 der Albert-Schweitzer-Schule. Die Mensa liegt an der Ecke Schützenstraße/Schulplatz.

Das zukünftige Mensa-Gebäude ist erdgeschossig geplant mit einer Teilunterkellerung im Bereich der bisherigen Feuerwehrstube. Das Dach wird als Flachdach ausgeführt.

Die Erschließung des Gebäudes erfolgt für die Schüler und das Lehrpersonal über das Schulgelände und für das Betriebspersonal sowie die Anlieferung über Zugänge an den Straßen „Schulplatz“ und „Schützenstraße“.

Neben der Herstellung einer Verbindung zwischen dem ehemaligen Feuerwehrgerätehaus und der bisherigen Lehrküche entsteht auch eine Verbindung zum Hauptgebäude der Albert-Schweitzer-Schule.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

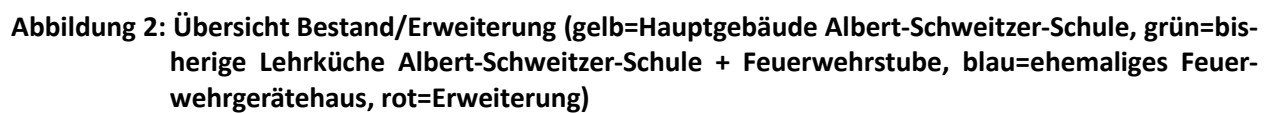


Abbildung 1: Lageplan (gelbe Fläche=Albert-Schweitzer-Schule, orange Fläche=Stauffenbergsschule, rote Fläche=Mensa/Antragsgegenstand)

Die Mensa verfügt über getrennte Speiseräume für die Albert-Schweitzer-Schule und die Stauffenbergsschule, eine Ausgabeküche (die perspektivisch als Aufwärmküche hergestellt werden soll) sowie Nebenräume (WC-Schüler, WC-Personal, Personalraum, Lager und Technik). Alle Aufenthaltsräume befinden sich im Erdgeschoss. Das Untergeschoss dient ausschließlich als Technikbereich.

Die Bruttogrundfläche des Gebäudes beträgt ca. 680 m² (Erdgeschoss: ca. 590 m², Kellergeschoss: ca. 90 m²).

In der nachfolgenden Abbildung 2 ist dargestellt, wie sich die geplante Mensa aus den bisherigen Gebäuden und Nutzungsbereichen zusammensetzt.



1.3 Baurechtliche Einordnung

Das Mensa-Gebäude besitzt ein oberirdisches Geschoss (Erdgeschoss) mit Aufenthaltsräumen und in Teilbereichen ein Untergeschoss ohne Aufenthaltsräume. Die Fußboden-Oberkante des höchst gelegenen Geschosses, in dem sich Aufenthaltsräume befinden (EG), liegt auf einer Höhe von ca. 0,20 m über der gemittelten Geländeoberfläche.

Aufgrund der Herstellung der Verbindung zum Hauptgebäude der Albert-Schweitzer-Schule wird das Mensa-Gebäude in die

Gebäudeklasse 5

eingestuft.

Gemäß § 38 (2) Nr. 5 LBO ist das Gebäude als Bestandteil der Schulnutzung als

Sonderbau

einzustufen.

Gemäß § 38 (1) LBO können an Sonderbauten im Einzelfall besondere Anforderungen gestellt oder Erleichterungen zugelassen werden. Für Schulen ist in Baden-Württemberg keine technische Baubestimmung auf Grundlage von § 73a Absatz 2 LBO eingeführt, die für den Nutzungsbereich der Mensa herangezogen werden könnte.

Die Mensa soll über die Verpflegung der Schüler und Schülerinnen hinaus auch für andere Zwecke im schulischen Kontext genutzt werden, sodass eine Bewertung und Genehmigung als Versammlungsstätte im Sinne von § 38 (2) Nr. 7 LBO erfolgt. Dabei sind die beiden Speiseräume als Versammlungsräume im Sinne der VStättVO zu bewerten.

Aufgrund der geplanten Nutzungsänderung und in Ermangelung vollständiger Genehmigungsgrundlagen für die Bestandsgebäude kann kein grundsätzlicher Bestandsschutz geltend gemacht werden. Für einzelne Sachverhalte wird in der nachfolgenden Bewertung jedoch bei Bedarf auf die materiell-rechtlichen Anforderungen zum Errichtungszeitpunkt Bezug genommen.

Die Mensa wird an das Hauptgebäude der Albert-Schweitzer-Schule angebaut. Eine innere Brandwand wird nicht vorgesehen [vgl. Kap. 3.4.2.1]. Da die Nutzung des Hauptgebäudes jedoch vom Anbau der Mensa nicht berührt wird, löst die Bewertung der Mensa keine neuen/geänderten Anforderungen an das bestehende Hauptgebäude aus.

1.4 Abkürzungen und Begriffe

Durch die Einführung der DIN EN 13501 werden die vormaligen Bezeichnungen der Feuerwiderstandsklassen und der Baustoffklassen der DIN 4102 abgelöst. Im vorliegenden Brandschutzkonzept werden die bauaufsichtlichen Benennungen zu der Feuerwiderstandsfähigkeit (feuerhemmend, hochfeuerhemmend, feuerbeständig etc.) sowie die Benennung der Baustoffklassen (nichtbrennbar, schwerentflammbar, normalentflammbar, etc.) verwendet.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

2 BEURTEILUNGSGRUNDLAGEN

2.1 Gesetzliche Grundlagen, Technische Regeln

Für die brandschutztechnische Bewertung wurden folgende, in Baden-Württemberg baurechtlich eingeführte, Bestimmungen beachtet:

Nr.	Bezeichnung	Stand
[G1]	Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO BW)	18.03.2025
[G2]	Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (VwV TB)	05.02.2025
[G3]	Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten, Versammlungsstättenverordnung (VStättVO)	12.06.2025

Tabelle 1: Gesetzliche Grundlagen

Zudem sind die einschlägigen DIN-Normen, baurechtlich eingeführte Verordnungen und Richtlinien, die in der Verwaltungsvorschrift technische Baubestimmungen Baden-Württemberg (VwV TB) in Kapitel A 2.2 aufgeführt sind, Grundlage der vorliegenden brandschutztechnischen Bewertung.

Die angeführten Richtlinien und Verordnungen müssen jeweils in der derzeit gültigen Fassung Anwendung finden.

2.2 Planunterlagen

Für die in den nachstehenden Abschnitten durchgeführte brandschutztechnische Bewertung standen die Entwurfspläne des Hochbauamts der Stadt Heidelberg zur Verfügung.

Nr.	Bezeichnung	Stand
[P1]	Grundriss Erdgeschoss-Untergeschoss, Maßstab 1:100	20.10.2025
[P2]	Schnitte A-C, Maßstab 1:100	20.10.2025
[P3]	Ansichten, Maßstab 1:100	08.03.2024
[P4]	Lageplan, Maßstab 1:1000	06.02.2024
[P5]	Lageplan, Maßstab 1:500	06.02.2024

Tabelle 2: Planunterlagen

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

2.3 Sonstige Unterlagen

Nr.	Bezeichnung	Stand
[A1]	Baubeschreibung, Hochbauamt der Stadt Heidelberg	08.05.2025
[A2]	Nutzungsbeschreibung Speiseraum Albert-Schweitzer-Schule, Schulleitung Albert-Schweitzer-Schule	28.07.2025
[A3]	Nutzungsbeschreibung Speiseraum Stauffenbergsschule, Schulleitung Stauffenbergsschule	28.07.2025

Tabelle 3: Sonstige Unterlagen

2.4 Brandschutzvisualisierung

Auf Grundlage, der in Kapitel 2.2 aufgeführten Planunterlagen hat, BPK Brandschutz eine maßstabsgerechte Brandschutz Handvisualisierung zur zeichnerischen Darstellung und Erläuterung des vorliegenden Brandschutzkonzeptes (z. B. die erforderliche Bauteilqualitäten, Fluchtwege) erstellt.

Die Brandschutzvisualisierung ist Bestandteil des vorliegenden Brandschutzkonzeptes.

Maßgebend sind die farblichen Eintragungen der Brandschutzvisualisierung, die nicht von den Angaben der Architekturplanung abweichen sollen. Sind irrtümlich Abweichungen zwischen den Aussagen des vorliegenden Brandschutzkonzeptes, der Architekturplanung und der Brandschutzvisualisierung erkennbar, so sind die Aussagen des vorliegenden Brandschutzkonzeptes maßgebend. Die Brandschutzvisualisierung ersetzt nicht das Brandschutzkonzept und stellt keine Ausführungsplanung dar.

Grundlagen für die Ausführungsplanung sind die Baugenehmigung, die Genehmigungsplanung des Entwurfsverfassers, das Brandschutzkonzept ergänzt durch die Brandschutzpläne, ggf. mit Ergänzungen durch die Bauaufsichtsbehörde.

Die Visualisierung des Brandschutzkonzeptes ist gegebenenfalls zur Inbetriebnahme zu aktualisieren. Während der Gebäudenutzung sind diese Unterlagen kontinuierlich zu pflegen.

3 BRANDSCHUTZKONZEPT

In diesem Kapitel werden die brandschutztechnischen Anforderungen beschrieben, welche bei der Planung und Ausführung grundsätzlich erfüllt sein müssen.

3.1 Zu- und Durchfahrten sowie Aufstellflächen für die Feuerwehr

Das zu bewertende Gebäude liegt unmittelbar an der Schützenstraße und an der öffentlichen Straße „Schulplatz“. Im öffentlichen Verkehrsbereich sind Bewegungsflächen für die Feuerwehr nach § 15 (6) LBO vorhanden. Zusätzlich sind eine Zufahrt auf das Schulgelände und ein Zugang zum Gebäude über den Schulhof möglich.

Rettungswege auf dem Grundstück sowie Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen für Einsatzfahrzeuge von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten müssen ständig freigehalten werden. Darauf ist dauerhaft und gut sichtbar hinzuweisen.

Die erforderlichen Flucht- und Rettungswege werden alle baulich über unmittelbare Ausgänge ins Freie sichergestellt. Aufstellflächen für die Feuerwehr (Hubrettungsgerät) zur Sicherstellung des zweiten Rettungsweges sind daher nicht erforderlich.

3.2 Nachweis der erforderlichen Löschwassermenge sowie der Löschwasserversorgung

Die Löschwasserversorgung für die Brandbekämpfung erfolgt über bestehende Unterflurhydranten der öffentlichen Trinkwasserversorgung auf den Verkehrsflächen der umliegenden öffentlichen Straßen. Entsprechend DVGW Arbeitsblatt W405 ist hier ein Löschwasserbedarf von 96 m³/h (1.600 l/min) für die Dauer von 2 Stunden bereitzustellen. Die Sicherstellung einer ausreichenden Löschwasserversorgung zum Grundschutz gehört zu den Erschließungsvoraussetzungen für Bebauungsgebiete und obliegt i.d.R. der Gemeinde. Die bereitzustellende Löschwassermenge/ Hydrantenabstände ist gemäß der DVGW-Arbeitsblätter W 405 in einem Umkreis von 300 m, um das Objekt sicherzustellen.

Die erforderliche Löschwassermenge aus dem Trinkwassernetz für das hier betrachtete Gebäude wurde durch die Stadtwerke Heidelberg GmbH mit Schreiben vom 14.08.2025 bestätigt (vgl. Anlage).

3.3 Bemessung, Lage und Anordnung der Löschwasser-Rückhalteanlagen

Eine Lagerung von wassergefährdenden Stoffen ist in dem zu bewertenden Gebäude nicht vorgesehen, sodass Maßnahmen diesbezüglich nicht erforderlich sind.

3.4 Innere und äußere Abschottungen

3.4.1 Äußere Abschottungen

Die Mensa wird an das Hauptgebäude der Albert-Schweitzer-Schule angebaut. Neben dem ehemaligen Feuerwehrgerätehaus befindet sich auf demselben Grundstück das Wohnhaus „Schulplatz 6“ mit einem Abstand von ca. 4,23 m. Die Außenwand des Speiseraums der ASS zum v.g. Bestandsgebäude soll in Teilen mit Fenstern hergestellt werden, um eine ausreichende natürliche Belichtung des Raumes zu gewährleisten.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

[E1] Erleichterung zu § 27c (2) Nr. 1 LBO:

Zum Bestandsgebäude Schulplatz 6 wird bei einem Abstand < 5,00 m keine Gebäudeabschlusswand hergestellt.

Die Herstellung von Gebäudeabschlusswänden ist mit dem Schutzziel des „Nachbarschutzes“ verbunden, um eine Brandausbreitung auf andere Gebäude zu verhindern. Der bauordnungsrechtlich geforderte Abstand zwischen Gebäuden auf demselben Grundstück wird um ca. 0,80 m unterschritten. In den Außenwänden beider Gebäude sind Öffnungen vorhanden bzw. vorgesehen.

Aufgrund der für wirksame Löschmaßnahmen günstigen Lage der Gebäude unmittelbar an der öffentlichen Straße und der geringen Ausdehnung der beiden Gebäude(-teile) bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken gegen den Verzicht auf eine Gebäudeabschlusswand (vgl. auch § 27c (3) Nr. 5 LBO).

3.4.2 Innere Abschottungen

3.4.2.1 Brandabschnitte

Brandabschnitte dienen generell dem Zweck, einen Schaden, der durch einen Brandfall entsteht, lokal zu beschränken. Grund hierfür ist in erster Linie das Schutzziel zur Gewährleistung wirksamer Löscharbeiten und die Einhaltung der Personensicherheit und in zweiter Linie die Sachschadenbegrenzung auf einen klar abgegrenzten Bereich.

Entsprechend den Anforderungen des § 27c (2) Nr. 2 LBO sind ausgedehnte Gebäude durch innere Brandwände in Abständen von nicht mehr als 40 m zu unterteilen.

Die Mensa wird an das Hauptgebäude der Albert-Schweitzer-Schule angebaut. Über die Unterteilung des Hauptgebäudes in Brandabschnitte liegen dem Konzeptersteller keine Informationen vor. Aufgrund der Integration der Mensa als Anbau an das Bestandsgebäude und unter Berücksichtigung der damit einhergehenden geometrischen Randbedingungen, ist die Herstellung einer inneren Brandwand nicht möglich und nicht vorgesehen.

[E2] Erleichterung zu § 27c (2) Nr. 2 LBO:

Zwischen dem Anbau der Mensa und dem Hauptgebäude wird keine innere Brandwand hergestellt.

Durch den Anbau der Mensa verlängert sich der Gebäudekörper um ca. 19,5 m. Der Anbau ist rein erdgeschossig. Bei einem Brand im Hauptgebäude ergeben sich durch den Anbau keine veränderten Bedingungen hinsichtlich der Brandausbreitung. Der Technikraum im Erdgeschoss des Hauptgebäudes wird zur Mensa feuerbeständig abgetrennt [vgl. Kap. 3.4.2.6]. Das Dach der Mensa wird in einem 5 m breiten Streifen vor der aufgehenden Fassade des Hauptgebäudes feuerhemmend ausgeführt [vgl. Kap. 3.4.2]. Für wirksame Löschmaßnahmen ist die Mensa von drei Seiten aus zugänglich, die Grundfläche im Erdgeschoss beträgt lediglich ca. 540 m², sodass die v.g. Erleichterung der Einhaltung der Schutzziele aus § 15 LBO nicht entgegensteht.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

3.4.2.2 Tragende, aussteifende Bauteile

Die tragenden und aussteifenden Bauteile (Wände, Pfeiler, Stützen) des Mensa-Gebäudes müssen gemäß § 3 VStättVO feuerhemmend hergestellt werden, da es sich um eine erdgeschossige Versammlungsstätte handelt.

3.4.2.3 Decken

Die Geschossdecke zwischen Untergeschoss und Erdgeschoss wird gemäß § 27d LBO feuerbeständig hergestellt bzw. ertüchtigt.

3.4.2.4 Dächer

Das Dach des Mensa-Gebäude ist als Flachdach geplant bzw. vorhanden. Im Bestand sind die Flachdächer aus Stahlbeton hergestellt und erfüllen die Anforderungen an eine harte Bedachung.

Das Flachdach der Erweiterung im Bereich des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses wird als harte Bedachung mit einem Holztragwerk hergestellt.

Das Tragwerk des Flachdachs wird gemäß § 4 VStättVO feuerhemmend ausgeführt bzw. ertüchtigt.

Über dem neuen Foyer wird das Dach, da es an ein aufgehendes Gebäudeteil mit Öffnungen anschließt, nach § 27e (7) LBO bewertet, sodass die Anforderung gilt, das Dach innerhalb eines Abstands von 5 m von diesen Außenwänden raumabschließend feuerbeständig für eine Brandbeanspruchung von innen nach außen einschließlich der tragenden und aussteifenden Bauteile auszuführen.

Aufgrund der feuerhemmenden Ausführung der tragenden und aussteifenden Bauteile des Gebäudes wird das Dach erleichternd für eine Brandbeanspruchung von innen nach außen einschließlich der tragenden und aussteifenden Bauteile feuerhemmend ausgeführt.

[E3] Erleichterung zu § 27 e LBO:

Das Dach des Foyers wird in einem Abstand von 5 m vor der aufgehenden Fassade mit Öffnungen des Hauptgebäudes lediglich feuerhemmend ausgeführt.

Es ist vorgesehen, ein Teil der Flachdächer mit einer extensiven Dachbegrünung auszustatten. Die Anforderung einer harten Bedachung wird in diesem Fall erfüllt, wenn folgende Anforderungen der DIN 4102-4 umgesetzt werden:

- mineralisch bestimmte Vegetationsschicht mit max. 20 % (Massenanteil) organischer Bestandteile;
- es sind überwiegend niedrigwachsende Pflanzen (z. B. Gras, Sedum, Eriken) vorzusehen;
- die Vegetationsschicht muss eine Schichtdicke von mindestens 30 mm aufweisen;
- ein Abstandsstreifen aus massiven Platten oder Grobkies von $\geq 0,5$ m ist gegenüber Öffnungen in der Dachfläche (Lichtkuppeln, Dachfenster) oder aufgehenden Wänden mit Fenstern auszubilden, wenn sich deren Brüstung $\leq 0,8$ m oberhalb der Vegetationstragschicht befindet.

Es sind keine PV-Anlagen auf dem Dach vorgesehen.

3.4.2.5 Rauchabschnitte

Rauchabschnitte sind in dem betrachteten Gebäude bauordnungsrechtlich nicht erforderlich und nicht vorgesehen.

3.4.2.6 Trennwände

Im Gebäude sind Trennwände erforderlich zum Abschluss der beiden Versammlungsräume, zum Lager- und Technikbereich im Erdgeschoss sowie zum Kellergeschoss.

Die Trennwände zum Lager- und Technikbereich im Erdgeschoss sowie zum Kellergeschoss werden feuerbeständig ausgeführt.

Die Trennwände der Versammlungsräume (Speiseräume) werden unter Beachtung von § 27 b LBO in der Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden und aussteifenden Bauteile und somit feuerhemmend hergestellt.

Die Zugangstür zum Lager- und Technikbereich im Erdgeschoss wird feuerhemmend, rauchdicht und selbstschließend ausgeführt, da sie unmittelbar vor dem Ausgang des Rettungsweges der ASS zum überdachten Pausenhof liegt.

Die Türen in den Trennwänden der Versammlungsräume werden gemäß § 9 (2) VStättVO rauchdicht und selbstschließend ausgeführt.

3.4.2.7 Systemböden, geschlossene Zwischendecken

Systemböden (Doppelböden und Hohlraumestriche) werden in dem zu bewertenden Gebäude nicht vorgesehen.

Werden im Zuge der geplanten Baumaßnahmen geschlossene Zwischendecken im Gebäude vorgesehen, sind die Bestimmungen der LAR, LüAR und weiterer einschlägiger Vorschriften zu beachten.

3.4.2.8 Installationsschächte

Installationsschächte sind im Gebäude nicht vorgesehen.

3.4.2.9 Außenwände von Fassaden

Nichttragende Außenwände und nichttragende Teile tragender Außenwände, Außenwandbekleidungen und Unterkonstruktionen werden gemäß § 27a LBO aus nichtbrennbaren Baustoffen hergestellt. Sie sind aus brennbaren Baustoffen zulässig, wenn sie als raumabschließende Bauteile feuerhemmend sind.

Die Oberflächen der Außenwände werden weitestgehend aus Holz und somit aus normalentflammbaren Baustoffen hergestellt. Aufgrund der rein erdgeschossigen Bauweise ist eine Brandausbreitung auf und in diesen Bauteilen aus brandschutztechnischer Sicht zu vernachlässigen.

Im Bereich des Haupteingangs zum Foyer sowie an den Außenwänden des bestehenden Lager- und Technikbereichs im Hauptgebäude der ASS werden die Oberflächen der Außenwände nichtbrennbar hergestellt bzw. sind sie bereits entsprechend ausgeführt.

3.4.3 Baustoffe, Ausbaumaterialien, Bekleidungen

Der Einsatz leichtentflammbarer Baustoffe (B3) ist gemäß § 26 (1) LBO unzulässig und nicht vorgesehen. Dämmstoffe müssen gemäß § 5 (1) VStättVO aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

Unterdecken und Bekleidungen an den Decken der Speiseräume müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen, aufgrund der Grundfläche von weniger als 1.000 m² sind auch Bekleidungen aus mindestens schwerentflammbaren Baustoffen oder geschlossene nicht hinterlüftete Holzbekleidungen zulässig.

Im Foyer müssen Unterdecken und Bekleidungen gemäß § 5 (4) VStättVO aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen und Bodenbeläge mindestens schwerentflammbar sein.

3.4.4 Türen, Tore und Verglasungen mit brandschutztechnischer Funktion

Sämtliche Türen, Tore und Verglasungen mit brandschutztechnischen Anforderungen des zu bewertenden Gebäudes müssen zum Zeitpunkt des Einbaus über gültige Zulassungen verfügen. Bei Türen muss auf dem Rahmen oder dem Türblatt die jeweilige Qualität gekennzeichnet sein. Türblätter und Zargen müssen im Gesamtsystem geprüft sein, für Verglasungen gilt dies zusätzlich für das Scheiben-Rahmen-System.

Bei der Auswahl der Produkte sind die Einbauvorschriften, insbesondere die notwendigen und zulässigen Qualitäten der Anschlussbauteile, wie Wände, Böden und ggf. weiterführende Fassaden zu beachten.

Türen mit Anforderungen an den Rauchschutz oder Brandschutz sind selbstschließend auszuführen. Sollten diese Türen aus betrieblichen Gründen ständig offenstehen, sind bauaufsichtlich zugelassene Feststellanlagen (DIBt-Zulassung) vorzusehen, die autark bei Rauchdetektion schließen. Die Feststellvorrichtungen können auch manuell geschlossen werden. Die ggf. erforderlichen Auslöseeinrichtungen hierzu werden eindeutig beschriftet. Zweiflügelige Brand- und Rauchschutzabschlüsse mit Offenhaltung sind zusätzlich mit einer Schließfolgeregelung auszustatten.

Elektrische Türverriegelungen mit schaltbaren Flucht-Tür-Terminals (FTT) bzw. Lösungen mit ergänzenden Türwächtern sind bezogen auf die Zulassung der jeweiligen Türanlage zu prüfen. Die Rettungswege bis ins Freie bzw. die Zugänglichkeit für die Feuerwehr darf durch die Verriegelungen nicht eingeschränkt werden.

3.5 Lage, Anordnung, Führung und Bemessung der Rettungswege

3.5.1 Allgemeines

Der Hauptzugang zu den beiden Speiseräumen erfolgt über das Foyer, über den zugleich auch einer der beiden Rettungswege je Speiseraum geführt wird. Zusätzlich verfügt jeder Speiseraum über einen unmittelbaren Ausgang ins Freie.

Die Aufwärmküche verfügt mit den Zugängen an der Schützenstraße und über die Anlieferung ebenfalls über zwei Rettungswege, die unmittelbar ins Freie führen.

Das Kellergeschoss beinhaltet keine Aufenthaltsräume, sodass der Rettungsweg über die notwendige Treppe ins Freie ausreichend ist [vgl. Kap. 3.5.7]. Aus dem Lager- und Technikbereich im Erdgeschoss führt der Rettungsweg direkt ins Freie.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

Türen und Tore in Rettungswegen müssen gemäß § 9 VStättVO in Fluchtrichtung aufschlagen und dürfen keine Schwellen haben. Während des Aufenthaltes von Personen in der Versammlungsstätte müssen die Türen der jeweiligen Rettungswege jederzeit von innen leicht und in voller Breite geöffnet werden können.

Bei Lager- und Technikräumen bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken, wenn die Türen der Räume entgegen der Fluchtrichtung aufschlagen.

3.5.2 Rettungswegbreiten

Entsprechend § 7 VStättVO muss die lichte Breite eines jeden Teiles von Rettungswegen mindestens 1,20 m betragen.

Die Ausgänge der Speiseräume ins Foyer werden jeweils mit einer lichten Breite von mind. 1,20 m ausgeführt. Die doppelflügelige Tür im Ausgang des Foyers wird mit einer lichten Mindestbreite von 1,80 m ausgeführt.

Die beiden Ausgänge der Speiseräume ins Freie können aufgrund gegebener Randbedingungen im Bestand lediglich mit einer lichten Breite von mind. 0,90 m ausgeführt werden.

[A1] Abweichung von § 7 (4) Satz 2 VStättVO:

Die Ausgänge der beiden Speiseräume ins Freie werden mit einer lichten Breite von lediglich 0,90 m ausgeführt.

Durch den Veranstalter wird sichergestellt, dass sich zu keinem Zeitraum mehr als 200 Personen in einer der beiden Speiseräume aufhalten, sodass eine Türbreite von mind. 0,90 m im Lichten gemäß § 7 (4) Satz 5 VStättVO ausreichend ist.

3.5.3 Rettungsweglängen

Die zulässigen Rettungsweglängen von 35 m gemäß § 28a (2) LBO bis zu einem Ausgang ins Freie sowie von 30 m von jedem Besucherplatz eines Versammlungsraums bis zum nächsten Ausgang werden eingehalten.

3.5.4 Evakuierung von mobilitätseingeschränkten Personen

Die Evakuierung von mobilitätseingeschränkten Personen ist so auszulegen, dass die Selbstrettung horizontal möglich ist. Es ist vorgesehen, dass alle Menschen mit den unterschiedlichsten Einschränkungen sich eigenständig ins Freie begeben können oder, soweit erforderlich, vom Betreuungspersonal begleitet werden.

3.5.5 Fluchtwegkennzeichnung

Ausgänge und Rettungswege werden durch Sicherheitszeichen dauerhaft und gut sichtbar gekennzeichnet.

Es ist eine Fluchtwegbeschilderung entsprechend der ASR A1.3 und DIN ISO 23601 anzubringen. Die Piktogramme werden hinterleuchtet ausgeführt und verfügen über eine Ersatzstromversorgung. Gegen die Verwendung von Einzelbatterieleuchten bestehen keine Bedenken.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

3.5.6 Notwendige Flure

Da im erdgeschossigen Mensa-Gebäude alle Rettungswege baulich sichergestellt werden und aus jedem der beiden Versammlungsräume ein unmittelbar ins Freie führender Ausgang vorhanden ist, sind keine notwendigen Flure vorgesehen und erforderlich.

3.5.7 Notwendige Treppen und Treppenräume

Die Aufenthaltsräume im Erdgeschoss des Mensa-Gebäudes werden ebenerdig erschlossen. Der Technikraum im Untergeschoss wird über eine notwendige Treppe erschlossen, die nicht in einem notwendigen Treppenraum liegt.

[E4] Erleichterung zu § 28a (1) LBO:

Die notwendige Treppe zur Erschließung des Untergeschosses liegt nicht in einem notwendigen Treppenraum.

Die Erschließung des Kellergeschosses des ehemaligen Feuerwehgerätehauses erfolgte bisher über eine Außentreppe. Aufgrund des Zusammenschlusses und der Erweiterung der Gebäude muss der Treppenabgang aus bauphysikalischen Gründen mit in die Gebäudehülle integriert werden. Das Kellergeschoss besteht aus lediglich einem Technikraum mit einer Grundfläche von ca. 70 m², der sporadisch zu Wartungs- und Instandhaltungstätigkeiten begangen wird, sodass aus brandschutztechnischer Sicht die Rettungswegführung ohne notwendigen Treppenraum gewährleistet wird.

Die notwendige Treppe zum Untergeschoss wird gegenüber den Speiseräumen im Erdgeschoss mit einer feuerbeständigen Trennwand [vgl. Kap. 3.4.2.6].

3.5.8 Sammelstellen

Für die beiden Schulen sind Sammelstellen auf einem nahegelegenen Fußballplatz („Pfaffengrunder Platte“) festgelegt, die auch für die Mensa genutzt werden, da es sich um denselben Personenkreis für die Nutzungseinheiten handelt.

3.5.9 Höchstzulässige Zahl der Nutzer

Der übergeordnete Nutzungszweck als Mensa ist für bis zu 120 Schüler an Sitzplätzen im Speiseraum der Albert-Schweitzer-Schule und bis zu 80 Schüler an Sitzplätzen im Speiseraum der Stauffenbergsschule vorgesehen.

Die Speiseräume verfügen über eine Grundfläche von ca. 163 m² (ASS) und ca. 117 m² (SBS).

Unter Berücksichtigung von § 1 (2) Nr. 1 VStättVO und § 1 (2) Nr. 2 VStättVO sind die nachfolgend in Tabelle 4 aufgeführten Besucherzahlen anzunehmen:

	Anzahl Personen (Belegung an Tischen)	Anzahl Personen (Stehplätze mit 2 Pers/m ²)	Begrenzung max. Belegung für die Nutzung
Speiseraum ASS	163	326	200
Speiseraum SBS	117	234	200
Gesamt:	280	560	400

Tabelle 4: Gesamtanzahl Personen nach § 1 VStättVO

Da die lichte Breite eines jeden Teiles von Rettungswegen jedoch lediglich 0,90 m beträgt [vgl. Kap. 3.5.2] dürfen sich bei Veranstaltungen mit Stehplätzen zu keinem Zeitpunkt mehr als 200 Personen in einem der Speiseräume befinden. Das Foyer dient als reine Verkehrsfläche, sodass durch eine zusätzliche Belegung des Foyers keine Erhöhung der Gesamtbesucherzahl zulässig ist.

Die Einhaltung der v.g. Maximalbelegung ist durch den Betreiber durch geeignete betrieblich-organisatorische Maßnahmen sicherzustellen.

3.6 Lage und Anordnung der haustechnischen Anlagen

Die Hausanschlussräume befinden sich in der Sporthalle. Die Medien werden, soweit erforderlich, in das Mensa-Gebäude geführt.

3.6.1 Elektrische Leitungsanlagen

Die geplanten Installationen elektrischer Anlagen werden entsprechend den gültigen Verordnungen und Richtlinien, insbesondere der Leitungsanlagenrichtlinie – LAR, der DIN VDE 0100, DIN VDE 0105 und DIN VDE 0108 oder gleichwertigen Regelungen geplant, ausgeführt und betrieben.

Für alle Schottungssysteme wird ein einheitliches Nummerierungssystem empfohlen, welches eine eindeutige Zuordnung des Schotts im Gebäude ermöglicht. Durch diese Maßnahme wird sichergestellt, dass bei Nachinstallationen der geöffnete Schott eindeutig lokalisiert und verschlossen werden kann.

3.6.2 PV-Anlagen

Auf dem Dach des Gebäudes ist keine PV-Anlage geplant.

3.6.3 Rohrleitungen

Die geplanten Installationen von Rohrleitungen werden entsprechend den gültigen Verordnungen und Richtlinien, insbesondere der Leitungsanlagenrichtlinie – LAR oder gleichwertigen Regelungen geplant, ausgeführt und betrieben.

Die Durchführung von Rohren durch brandschutztechnisch klassifizierte Bauteile wird im Bereich der Durchdringung durch Schottungen in der Qualität der Feuerwiderstandsdauer der Bauteile derart verschlossen, dass eine Übertragung von Rauch oder Feuer verhindert wird.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

Alle Schottungen für Installationen der technischen Gebäudeausrüstung zwischen den einzelnen Geschossen untereinander sowie in sämtlichen brandschutztechnisch klassifizierten raumabschließenden Bauteilen weisen mindestens die gleiche Feuerwiderstandsdauer wie das durchdrungene Bauteil auf (z. B. in F 90 Wänden in der Qualität S 90 bzw. R 90).

3.6.4 Sicherheitsbeleuchtung

Eine Sicherheitsbeleuchtung gemäß § 15 VStättVO wird für das Mensa-Gebäude nicht vorgesehen.

[A2] Abweichung von § 15 VStättVO:

Im Gebäude wird keine Sicherheitsbeleuchtung vorgesehen.

Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen keine Bedenken gegen einen Verzicht auf die Sicherheitsbeleuchtung, da es sich um ein erdgeschossiges Gebäude mit kurzen Rettungswegen handelt, die unmittelbar ins Freie führen. Über die als Einzelbatterieleuchten vorgesehene Fluchtwegbeschilderung wird unter Berücksichtigung der geringen Grundflächen der Räume eine gewisse Grundbeleuchtung bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung gewährleistet.

3.6.5 Gebädefunkanlage

Die Notwendigkeit einer Gebädefunkanlage gemäß § 26 (3) VStättVO wird durch eine Feldstärkemesung nach Schließen der Gebäudehülle geprüft. Wenn die ausreichende Funkkommunikation nicht gewährleistet ist, sind technische Anlagen zur Unterstützung des Funkverkehrs vorzusehen.

3.6.6 Blitzschutz

Das Mensa-Gebäude wird mit einer Blitzschutzanlage ausgestattet.

3.6.7 Aufzugsanlagen

Aufzüge sind im Gebäude nicht vorgesehen.

3.6.8 Heizung

Die Beheizung des Mensa-Gebäudes erfolgt über die Gaszentralheizung der bestehenden Schulliegenschaften. Aus brandschutztechnischer Sicht sind im hier betrachteten Gebäude keine weiteren Maßnahmen erforderlich.

3.6.9 Lage und Anordnung der Lüftungsanlagen

Lüftungsanlagen müssen nach § 30 LBO betriebssicher und brandsicher sein.

Es ist eine Lüftungsanlage für das Mensa-Gebäude vorgesehen. Die Lüftungsgeräte werden im Untergeschoss aufgestellt. Da die Lüftungsleitungen nicht in mehrere Geschosse oder andere Brandabschnitte geführt werden, entstehen unter Berücksichtigung von Nr. 6.4.1 LüAR keine Anforderungen an Lüftungszentralen. Lüftungsleitungen sowie deren Bekleidungen und Dämmstoffe sind aus nichtbrennbaren Baustoffen herzustellen. Grundsätzlich sind die Bestimmungen der LüAR zu beachten.

3.6.10 Lage und Anordnung der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen

Die Speiseräume werden als Versammlungsräume mit nicht mehr als 1.000 m² Grundfläche mit Rauchableitungsöffnungen im Dach mit einer freien Öffnungsfläche von insgesamt 1 Prozent der Grundfläche oder Fenster oder Türen mit einer freien Öffnungsfläche von insgesamt 2 Prozent der Grundfläche versehen. Fenster und Türen, die auch der Rauchableitung dienen, müssen im oberen Drittel der Außenwand der zu entrauchenden Ebene angeordnet werden.

Die Vorrichtungen zum Öffnen der Abschlüsse der Rauchableitungsöffnungen bzw. zum Öffnen der nach als Rauchableitungsöffnung angesetzten Fenster müssen von einer jederzeit zugänglichen Stelle im Raum aus leicht bedient werden können.

Nachströmöffnungen werden ausschließlich manuell durch die Einsatzkräfte der Feuerwehr geöffnet.

3.7 Lage und Anordnung von Brandmeldeanlagen

Eine Brandmeldeanlage ist bauordnungsrechtlich nicht erforderlich und nicht vorgesehen.

3.8 Alarmierungseinrichtungen

Die Mensa wird analog zum Hauptgebäude der ASS mit einer Hauswarnanlage ausgestattet. Die akustische Alarmierung erfolgt durch Handauslösetaster (blaue Druckknopfmelder).

3.9 Amokschutz

Das Thema Amokschutz ist nicht Bestandteil des vorliegenden Brandschutzkonzeptes.

3.10 Einrichtungen für die Feuerwehr

In dem Mensa-Gebäude werden keine gesonderten Einrichtungen für die Feuerwehr vorgesehen.

3.10.1 Einrichtungen zur Selbsthilfe

Die Speiseräume, das Foyer, die Lager-/Technikräume und die Aufwärmküche werden mit geeigneten Feuerlöschern in ausreichender Zahl ausgestattet. Die Feuerlöscher sind gut sichtbar und leicht zugänglich anzubringen.

Die Anbringung der Feuerlöscher erfolgt in einer Höhe von 0,4 bis 1,2 m (vertikal / horizontal), wobei von jeder Stelle der jeweiligen Nutzungseinheit ein Feuerlöscher in einer Lauflänge von max. 20 m erreichbar sein muss. Feuerlöscher sind mit dem Brandschutzzeichen F001 „Feuerlöscher“ entsprechend der ASR A1.3 zu kennzeichnen. Feuerlöscher in Nischen bzw. in Schränken und Wandabdeckungen sind dementsprechend anzubringen, dass diese sicher und einfach entnommen werden können und sind über Fahnen beidseitig zu kennzeichnen.

Grundsätzlich ist in der Mensa von einer normalen Brandgefährdung gemäß ASR A2.2 auszugehen.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

3.10.2 Automatische Löschanlagen/ Sonderlöschanlagen

Bauordnungsrechtlich wird für das Mensa-Gebäude keine automatische Löschanlage/Sonderlöschanlage gefordert und auch nicht vorgesehen.

3.10.3 Sicherheitsstromversorgung und Funktionserhalt

Es sind keine sicherheitstechnischen Einrichtungen vorgesehen, für die eine Sicherheitsstromversorgungsanlage erforderlich ist.

Die Fluchtwegbeschilderung wird mit Einzelbatterieleuchten realisiert.

3.10.4 Hydrantenpläne

Hydrantenpläne sind nicht erforderlich.

3.10.5 Feuerwehrpläne

Es werden Feuerwehrpläne nach DIN 14095 und der Feuerwehr zur Verfügung gestellt, sofern die für den Brandschutz zuständige Stelle die Feuerwehrpläne für das Objekt für erforderlich hält.

3.11 Betriebliche Maßnahmen zur Brandverhütung

3.11.1 Flucht- und Rettungspläne

Für das Gebäude werden Flucht- und Rettungspläne entsprechend der DIN ISO 23601 erstellt und aktualisiert, dauerhaft gut und sichtbar an allgemeinzugänglichen Stellen ausgehängen.

Die Pläne sind in regelmäßigen Abständen, maximal alle 2 Jahre zu überprüfen und bei Aus- und Umbauten ggf. anzupassen.

3.11.2 Brandschutzordnung

Für die Mensa wird gemäß § 42 VStättVO im Einvernehmen mit der Brandschutzdienststelle eine Brandschutzordnung, mindestens in den Teilen A und B nach DIN 14096, aufgestellt.

3.11.3 Brandschutzbeauftragter

Für das Mensa-Gebäude ist die Stellung eines Brandschutzbeauftragten nicht erforderlich. Sofern für die Albert-Schweitzer-Schule ein Brandschutzbeauftragter bestellt ist, ist eine Aufgabenerweiterung auf das Mensa-Gebäude durch den Betreiber zu prüfen.

3.11.4 Wartung, technische Abnahmen, wiederkehrende Prüfungen

Im Gebäude sind keine Sicherheitseinrichtungen vorgesehen, die vor Inbetriebnahme und danach in den bauordnungsrechtlich festgelegten Abständen durch technische Prüfsachverständige geprüft werden müssten.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

Anforderungen aus Regeln des Arbeitsschutzes oder andere technische Regeln sowie Herstellervorgaben sind unabhängig von der o.g. bauordnungsrechtlichen Prüffreiheit zu beachten, sodass folgende technische Anlagen und Einrichtungen regelmäßig geprüft werden:

- Hausalarmierungsanlagen,
- tragbare Feuerlöscher,
- Einrichtungen (Rauchschalter) zum selbsttätigen Schließen von Feuerschutzabschlüssen (z.B. Türen, Tore),
- Blitzschutzanlagen,
- Feststellanlagen.

3.11.5 Brandschutz während der Bauzeit

Es ist sicherzustellen, dass auch während der Bauphase geeignete Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz durchgeführt werden. Auch während der Bauzeit muss die Erreichbarkeit der Gebäude für Fahrzeuge der Feuerwehr gewährleistet sein. Rettungswege, die für die Rettungsgeräte der Feuerwehr erforderlich sind, müssen jederzeit freigehalten werden.

3.11.6 Nachweise, Verwendbarkeit von Bauprodukten und Bauarten

Für alle brandschutztechnisch qualifizierten Bauteile, Bauarten und Baustoffe sind Nachweise ihrer Eignung gemäß den Vorgaben der VwV TB erforderlich. Die Zulässigkeit der jeweiligen Ausführung, die Gültigkeit der Zulassung zum Zeitpunkt des Einbaus und die Kombination mit anderen Bauprodukten sind zu beachten und einzuhalten, gleiches gilt für die Einbauvorschriften.

Für alle verwendeten Baustoffe und Ausbaumaterialien sind die notwendigen Brandschutznachweise in Form von Prüfzeugnissen, Zulassungen oder Zustimmungen im Einzelfall usw. vor Einbau auf der Baustelle zur Verfügung zu halten, um den ordnungsgemäßen Einbau zu gewährleisten und prüfen zu können.

3.12 Abweichungen und Erleichterungen

Innerhalb des vorliegenden Brandschutzkonzeptes sind Abweichungen und Erleichterungen gegenüber den Anforderungen der LBO und VStättVO vorhanden.

Gemäß LBO können Abweichungen grundsätzlich aus brandschutztechnischen Gesichtspunkten gestattet werden, wenn die Schutzziele des § 3 LBO eingehalten werden.

Nachfolgend werden die Abweichungen zur LBO und den weiteren anzuwendenden Regelwerken zur Genehmigung durch die Genehmigungsbehörde in der Tabelle 5 aufgeführt.

Die angegebene Seitenzahl verweist auf die ausführliche Beschreibung im Text.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

Lfd. Nr.	Abweichung / Erleichterung	Seite
[E1]	Erleichterung zu § 27c (2) Nr. 1 LBO: Zum Bestandsgebäude Schulplatz 6 wird bei einem Abstand < 5,00 m keine Gebäudeabschlusswand hergestellt.	11
[E2]	Erleichterung zu § 27c (2) Nr. 2 LBO: Zwischen dem Anbau der Mensa und dem Hauptgebäude wird keine innere Brandwand hergestellt.	11
[E3]	Erleichterung zu § 27 e LBO: Das Dach des Foyers wird in einem Abstand von 5 m vor der aufgehenden Fassade mit Öffnungen des Hauptgebäudes lediglich feuerhemmend ausgeführt.	12
[A1]	Abweichung von § 7 (4) Satz 2 VStättVO: Die Ausgänge der beiden Speiseräume ins Freie werden mit einer lichten Breite von lediglich 0,90 m ausgeführt.	15
[E4]	Erleichterung zu § 28a (1) LBO: Die notwendige Treppe zur Erschließung des Untergeschosses liegt nicht in einem notwendigen Treppenraum.	16
[A2]	Abweichung von § 15 VStättVO: Im Gebäude wird keine Sicherheitsbeleuchtung vorgesehen.	18

Tabelle 5: Abweichungen / Erleichterungen

3.13 Anwendung von Verfahren und Methoden des Brandschutzingenieurwesens

Es wurden aufgrund der Art des Gebäudes keine Ingenieurmäßigen Rechenverfahren, wie beispielsweise computerunterstützte Evakuierungs- und Brandsimulationen, im Rahmen dieses Brandschutzkonzeptes angewandt.

12. Dezember 2025

25-0013 | 25-347-BSK-00 | LP 3

4 ZUSAMMENFASSUNG

Das vorliegende Brandschutzkonzept beschreibt die erforderlichen brandschutztechnischen Maßnahmen zum

**Umbau und Erweiterung der Mensa der Albert-Schweitzer-Schule und Stauffenbergsschule am
Schwanenweg 3, in Heidelberg-Pfaffengrund**

unter Berücksichtigung der Schutzziele der LBO sowie der zugeordneten Verordnungen und Richtlinien.

Bei Einhaltung und ordnungsgemäßer Ausführung der in dieser Fachplanung Brandschutz aufgeführten Festlegungen, Sachverhalte und Hinweise bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken gegen die geplanten Maßnahmen und den Betrieb der vorgesehenen Nutzungen.

Die einzelnen Maßnahmen des brandschutztechnischen Konzeptes sind risikoangepasst geplant und aufeinander abgestimmt. Es kann bestätigt werden, dass mit dem vorliegenden Konzept die Schutzziele der relevanten bauordnungsrechtlichen Bestimmungen gewährleistet werden.

Sämtliche Änderungen, die von diesem Konzept abweichen, bedürfen der Zustimmung der zuständigen Bauaufsichtsbehörde, der Feuerwehr und des Unterzeichners.

Bei dem vorliegenden Konzept handelt es sich um ein objektspezifisches Brandschutzkonzept. Eine Übertragung auf ähnliche oder vermeintlich vergleichbare Objekte ist daher nicht zulässig.

BPK Ingenieure und Sachverständige für Brandschutz GmbH & Co. KG
Düsseldorf, 12. Dezember 2025

Dipl.-Ing. Cemalettin Demirel

Prüfingenieur für Brandschutz MHKBD

Staatlich anerkannter Sachverständiger
für die Prüfung des Brandschutzes

Thomas Hildebrand, B. Sc.

Projektleiter

Erklärung des Entwurfsverfassers

Die Inhalte der brandschutztechnischen Planung sind in vollem Umfang in die Genehmigungsplanung eingeflossen und werden bei der Ausführung berücksichtigt.

Datum, Unterschrift:

Thomas Hildebrand

Von: Melanie Frerichs
Gesendet: Freitag, 15. August 2025 10:15
An: Thomas Hildebrand
Betreff: WG: Löschwasser Schützenstraße 54, Heidelberg
Anlagen: Lageplan 500 Mensa.pdf; Lageplan 1000 Mensa.pdf

FYI

Melanie Frerichs
Sekretariat

BPK
Brandschutz

Büro Düsseldorf | Wahlerstraße 32 · 40472 Düsseldorf | T +49 211 436183-11

Melanie Frerichs
E m.frerichs@bpk-ing.de

BPK Ingenieure und Sachverständige für Brandschutz GmbH & Co. KG · Amtsgericht Düsseldorf HRA 22216 | Persönlich haftende Gesellschaft BPK Ingenieure und Sachverständige für Brandschutz Verwaltung GmbH · Amtsgericht Düsseldorf HRB 102159 | Geschäftsführung Cemalettin Demirel · Rebecca Demirel · Daimi Çakan · Andreas Winkens | Beirat Univ.-Prof. em. Dr.-Ing. Wolfram Klingsch | Standorte Düsseldorf · Frankfurt am Main · Frankfurt am Main Flughafen · Berlin | Bankverbindung Stadtsparkasse Düsseldorf · IBAN DE85 3005 0110 1006 5127 82 · BIC DUSSEDDXXX | Steuer USt.-IdNr. DE 286053681 · StNr. 105/5902/3616

Mail office@bpk-ing.de | Web www.bpk-ing.de
Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten <https://bpk-ing.de/impressum-datenschutz>

Von: Loeschwasseranfrage <Loeschwasseranfrage@swhd.de>
Gesendet: Donnerstag, 14. August 2025 13:30
An: Melanie Frerichs <m.frerichs@bpk-ing.de>
Betreff: Löschwasser Schützenstraße 54, Heidelberg

Sehr geehrte Frau Frerichs,

am im Betreff angegebenen Objektstandort kann die Löschwassermenge von 96 m³/h für zwei Stunden mittels Hydranten für den Grundschutz bereitgestellt werden. Es wurden gemäß DVGW Arbeitsblatt W 405 sämtliche Löschwasserentnahmemöglichkeiten (Hydranten) in einem Umkreis von 300 m um den Objektstandort betrachtet.

Freundliche Grüße

Julia Sonnenburg
Planung und Bau Netze/Netzplanung

Stadtwerke Heidelberg Netze GmbH
Alte Eppelheimer Straße 26
69115 Heidelberg

Telefon: 06221 513-2604
E-Mail: julia.sonnenburg@netze-heidelberg.de
Internet: www.netze-heidelberg.de

Wir sind umgezogen! Bitte beachten Sie unsere neue Adresse.

Sitz: Heidelberg | Amtsgericht Mannheim | HRB-Nr. 703173 | Steuernummer: 32493/85552
Aufsichtsratsvorsitzender: Erster Bürgermeister Jürgen Odszuck | Geschäftsführer: Dipl.-Ing. (MBA) Falk Günther

Stadtwerke Heidelberg Netze GmbH ist ein Unternehmen der Stadtwerke Heidelberg und der Stadt Heidelberg.



Schon immer war uns der Schutz und die Sicherheit Ihrer persönlichen Daten ein großes Anliegen. Das hat sich auch mit Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung "DSGVO" nicht geändert. Unsere aktuelle Datenschutzerklärung finden Sie [hier](#).

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail ist nicht gestattet.

👉 Bitte prüfen Sie, ob diese Mail wirklich ausgedruckt werden muss!

Von: Melanie Frerichs <m.frerichs@bpk-ing.de>
Gesendet: Donnerstag, 10. Juli 2025 10:59
An: Kundenzentrum-Stadtwerke Heidelberg <Kundenzentrum@swhd.de>
Betreff: [EXTERN]Löschwasseranfrage

ACHTUNG: Diese E-Mail wurde von außerhalb des Unternehmens gesendet. Bitte klicken Sie keine Links und öffnen Sie keine Anhänge, wenn Sie den Absender dieser E-Mail nicht kennen oder die E-Mail gefälscht aussieht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Erstellung eines Brandschutzgutachtens für die Erweiterung der Mensa der Albert-Schweitzer-Schule und Stauffenbergsschule in Heidelberg benötigen wir einen Löschwassernachweis von 96m³/h über einen Zeitraum von 2 Stunden.

Den Lageplan finden Sie in der Anlage.

Vielleicht können Sie mir behilflich sein, oder uns zumindest einen Ansprechpartner nennen.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Melanie Frerichs
Sekretariat

BPK
Brandschutz

Büro Düsseldorf | Wahlerstraße 32 · 40472 Düsseldorf | T +49 211 436183-11

Melanie Frerichs
E m.frerichs@bpk-ing.de

BPK Ingenieure und Sachverständige für Brandschutz GmbH & Co. KG · Amtsgericht Düsseldorf HRA 22216 | Persönlich haftende Gesellschaft BPK Ingenieure und Sachverständige für Brandschutz Verwaltung GmbH · Amtsgericht Düsseldorf HRB 102159 | Geschäftsführung Cemalettin Demirel · Rebecca Demirel · Daimi Çakan · Andreas Winkens | Beirat Univ.-Prof. em. Dr.-Ing. Wolfram Klingsch | Standorte Düsseldorf · Frankfurt am Main · Frankfurt am Main Flughafen · Berlin | Bankverbindung Stadtsparkasse Düsseldorf · IBAN DE85 3005 0110 1006 5127 82 · BIC DUSSEDDXXX | Steuer USt.-IdNr. DE 286053681 · StNr. 105/5902/3616

Mail office@bpk-ing.de | Web www.bpk-ing.de

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten <https://bpk-ing.de/impressum-datenschutz>

